



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23148
Fax : (0221) 221-24088
E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 01.08.2018

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 34. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 28.06.2018**

öffentlich

**3.2 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Zweckentfremdung von
Wohnungen als Ferienwohnungen verhindern - Personal im Woh-
nungsamt zusetzen!"
AN/0979/2018**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1080/2018**

RM Weisenstein begründet den Antrag seiner Fraktion und hebt dabei hervor, dass die momentane Lage zur effektiven Bekämpfung der illegalen Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln dramatisch sei. Seitens des Leiters des Wohnungsamtes sei hierzu deutlich gemacht worden, dass dies mit derzeit lediglich zwei Mitarbeitern nicht zu bewerkstelligen sei. In fast allen deutschen Großstädten für das Aufgabengebiet Wohnraumschutzsatzung ein Vielfaches an Personal zur Verfügung stehe. Im gegenüber Köln sehr viel kleineren Bonn, gebe es bereits sechs Personalstellen für die Bekämpfung der Zweckentfremdung. Die im Antrag vorgeschlagenen 18 Personalstellen entsprechen – unter Berücksichtigung der höheren Kölner Bevölkerungszahl – der Bonner Personalausstattung in diesem Bereich. Bezüglich des Änderungsantrags der SPD-Fraktion betont er, dass das Ansinnen völlig richtig sei, vertritt jedoch die Auffassung, dass nicht klug sei die Wohnungsbausatzung und die Milieuschutzsatzung, personell betrachtet, in einem Aufwasch zu bearbeiten. Dies wäre aus seiner Sicht nicht zu leisten.

RM Frenzel sieht grundsätzlich eine gemeinsame Stoßrichtung der beiden Antragsteller und erläutert die Gründe für den Ergänzungsantrag seiner Fraktion. Er unterstreicht dabei, dass die Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung enorm wichtig sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf folgende statistische Zahlen hin: 2015 seien für 3400 Mietwohnungen Abgeschlossenheitsbescheinigungen erteilt worden und 2016 waren es immer noch 2600. Dadurch seien dem Mietwohnungsmarkt, bei 2100 neu entstandenen Mietwohnungen, mehr Wohnungen verloren gegangen und auf diese Weise schrumpfe der Wohnungsmarkt. Er plädiert dafür, beide Themen

gleichzeitig in Angriff zu nehmen. Gegebenenfalls könne man dem Antrag hinzufügen, dass die Verwaltung hierfür eine bedarfsgerechte Aufstockung des Personals prüfe.

RM De Bellis hält die Ansätze des Ursprungsantrages für durchaus richtig, dennoch schlägt sie vor, die Angelegenheit im Rahmen der Hpl.-Beratungen zu behandeln, um dort über Mehrstellen zu diskutieren. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, den von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen zusätzlichen Forderungen nicht nachzukommen, da es sich um unterschiedliche Bereiche handele, obwohl beide das Ziel haben, Wohnraum zu erhalten. Sie hält es außerdem für sinnvoll, Gespräche mit der Fachverwaltung zu führen und den Sozialausschuss zu beteiligen.

RM Jahn ergänzt, dass es zwei verschiedene Instrumente gebe, um die Sache anzugehen und weist zudem auf die im letzten Jahr im Stadtentwicklungsausschuss geführte Diskussion über die Zweckentfremdungssatzung hin. Sie plädiert deshalb ebenfalls dafür, das Thema in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen, um, mit den zusätzlich benötigten Einschätzungen der Verwaltung über Personalzusetzungen, entsprechend agieren zu können.

RM Sterck verweist auf eine Veranstaltung am Eigelstein, bei der seitens der Verwaltung und auch der Politik unter anderem klargemacht worden sei, dass die Problematik in den Haushaltsplanberatungen des Rates zu diskutieren sei, was seines Erachtens durchaus richtig sei. Er schließt sich dem Vorschlag und der dazugehörigen Begründung seiner Vorrednerin RM De Bellis an, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Letztendlich betont er, handele es sich bei der Angelegenheit um eine städtische Aufgabe, die im Verwaltungsvorstand zu diskutieren sei.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Angelegenheit in die Hpl.-Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion – zugestimmt.